

Große Anfrage

der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Renate Blank, Peter Bleser, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Ilse Falk, Kurt-Dieter Grill, Hubert Hüppe, Dr. Egon Jüttner, Werner Lensing, Christian Lenzer, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Engelbert Nelle, Dr. Rolf Olderog, Ronald Pofalla, Heinz Schemken, Michael von Schmude, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Egon Susset, Michael Teiser, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Gert Willner und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich, Lisa Peters, Jürgen Türk, Dr. Otto Graf Lambsdorff, Paul K. Friedhoff, Dr. Helmut Haussmann, Birgit Homburger, Dr. Klaus Röhl, Rainer Funke, Detlef Kleinert (Hannover), Walter Hirche, Carl-Ludwig Thiele, Jürgen Koppelin, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig und der Fraktion der F.D.P.

Lage der Fischerei

Die seerechtliche Entwicklung Ende der 70er Jahre mit der Einrichtung von 200 Seemeilen-Fischereizonen durch zahlreiche Küstenstaaten hat zu großen Veränderungen in der deutschen Seefischerei geführt. Viele ertragreiche Fangplätze gingen verloren und konnten auch durch den Abschluß von Fischereiabkommen mit Drittstaaten nicht kompensiert werden. Die Folge war ein beispielloser Schrumpfungsprozeß in der deutschen Hochseefischerei. Dieser Prozeß ist angesichts zurückgehender Weltfischbestände auch heute noch nicht abgeschlossen.

Der schlechte Zustand wichtiger Fischbestände hat auch die deutsche Kutter- und Küstenfischerei schwer getroffen. Sie leidet vor allem unter dem Rückgang der Kabeljau-, Schellfisch-, Seelachs- und Schollenbestände in der Nordsee und der Dorschbestände in der Ostsee.

Trotz abnehmender Ressourcen hat die Weltfischerei in den letzten zehn Jahren sehr stark zugenommen. Der Weltfischereiertrag liegt zur Zeit bei gut 100 Mio. t, wobei China mit nahezu 18 Mio. t weit an der Spitze liegt. Es folgen die Länder Japan und Peru mit je 8,5 Mio. t sowie die Europäische Union mit 7,2 Mio. t. Innerhalb der EU führt Dänemark mit 1,5 Mio. t vor Spanien mit 1,3 Mio. t; Deutschland liegt nur bei knapp 0,3 Mio. t.

Angesichts der Diskrepanz zwischen den bislang noch hohen Fischereierträgen und den schwindenden Ressourcen hat die Food and Agriculture Organization (FAO) auf einer Ministertagung im März dieses Jahres in Rom in einem sogenannten Konsens zur Weltfischerei eindringlich vor einer Überfischung der Weltmeere gewarnt und den Ausbau einer ökologisch verträglichen Aquakultur zur Ernährungssicherung gefordert.

Der kürzlich beendete Fischereikonflikt zwischen der EU und Kanada wie auch die Auseinandersetzung zwischen spanischen und französischen Fischern im letzten Jahr zeigen deutlich, daß es zunehmend zu Verteilungskämpfen um die knappe Ressource Fisch kommen wird und daß deshalb neue, einschneidende Maßnahmen notwendig sind, um einerseits die wertvollen Meeresressourcen zu bewahren und aufzubauen und andererseits eine ökologisch und ökonomisch vernünftige Fischerei auf Dauer zu erhalten.

Der sehr hohe Weltfischereiertrag und die politischen Veränderungen vor allen Dingen in Osteuropa haben zu erheblichen Ungleichgewichten auf den Märkten geführt. Dies bedeutet, daß für wesentliche Fischarten wie Kabeljau (Dorsch), Seelachs usw. die Preise sehr stark gefallen sind. Die Fischer haben erhebliche Ertragseinbußen hinnehmen müssen, was in den vergangenen Jahren zu z. T. gewaltigen Protesten der Fischer in einigen Mitgliedstaaten der EU, so auch in Deutschland, geführt hat. Viele Fischereibetriebe haben ihre Existenz aufgeben müssen.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Problematik der Erhaltung und Nutzung der Weltfischbestände, insbesondere im EU-Meer, und wie stellt sie sich den daraus resultierenden Herausforderungen?
 - a) Strebt die Bundesregierung im Rahmen der EU eine Bewirtschaftung der Fischbestände auch außerhalb der 200-See-meilen-Fischereizonen der Küstenstaaten an?
 - b) Wer soll für die Bewirtschaftung verantwortlich sein?
 - c) Wie sollen die Fänge in diesen Bereichen überwacht werden?
 - d) Wie sollen die Verstöße sanktioniert werden?
 - e) Hält die Bundesregierung das bisherige System für geeignet genug, um den Bedürfnissen der Fischerei und den Beständen Genüge zu tun?
 - f) Welche Maßnahmen strebt die Bundesregierung im Rahmen der gemeinsamen Fischereipolitik der EU an, um die Fischbestände im EU-Meer auf Dauer zu erhalten?
 - g) Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung wichtiger Fischbestände im EU-Meer, insbesondere Kabeljau (Dorsch), Schellfisch, Seelachs, Scholle, Seezunge, Hering, Makrele?

- h) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung wichtiger Fischbestände im Drittlandsbereich und in internationalen Gewässern (z. B. Kabeljaubestand bei Grönland)?
 - i) Wie soll die Nutzung der Fangmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des EU-Meeres für deutsche Fischereifahrzeuge gewährleistet werden?
2. Wie bewertet die Bundesregierung die Marktpolitik der EU?
- a) Reichen die Instrumente der EG-Marktordnung aus, um die durch Billigeinfuhren in ihrer Existenz bedrohten See- und Binnenfischerei zu erhalten?
 - b) Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die Absatz- und Ertragslage für die Fischerei zu verbessern?
 - c) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den Absatz von reichlich vorhandenen Fischressourcen (z. B. Ostseehering) auf dem Markt zu verbessern?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Strukturpolitik der EU im Hinblick auf die deutsche Fischerei?
- a) Hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Überalterung der deutschen Flotte die Hilfe für Neubauten, Umbauten und Ankäufe für ausreichend?
 - b) Wie sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die Fischerei weiterhin mit Abwrack- und Stilllegungsprämien zu unterstützen?
 - c) Wie stellt sich die Bundesregierung zu direkten Einkommenshilfen für die Fischerei?
 - d) Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag aus der Fischerei, die Fischer in die landwirtschaftlichen Sozialgesetze (Alterskasse) zu übernehmen?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung und Lage der Seefischerei?
- a) Wie hat sich die Ertragslage der Fischerei in den Bereichen der Kutter- und Küstenfischerei, der kleinen Hochseefischerei, der Hochseefischerei, der Krabbenfischerei und der Muschelfischerei in Nord- und Ostsee entwickelt?
 - b) Wie beurteilt die Bundesregierung die in den letzten Jahren erfolgte Kapazitätsanpassung in der Seefischerei, insbesondere im Vergleich zur Entwicklung in anderen EU-Ländern?
 - c) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Selbstversorgungsgrad für Fisch in der Bundesrepublik Deutschland auf rund 20 % gesunken ist?
 - d) Welchen wirtschaftlichen Stellenwert haben die Fischerei und die Fischwirtschaft in den Küstenländern der Bundesrepublik Deutschland?
5. Wie bewertet die Bundesregierung die Bedeutung und Lage der deutschen Binnenfischerei?

- a) Teilt die Bundesregierung die teilweise von den Betroffenen geäußerte Besorgnis, daß die Binnenfischerei durch immer stärkere Auflagen für die Wassernutzung und durch den Umweltschutz zu stark beeinträchtigt wird?
 - b) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Binnenfischerei vor dem regional auftretenden existenzbedrohenden Einfluß durch geschützte Vogelarten zu bewahren?
 - c) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, verstärkt Aquakulturen zu fördern?
 - d) Welche Bedeutung kann die Aquakultur an der deutschen Fischproduktion erreichen?
 - e) Welche Mittel aus der EU stehen für die Aquakulturförderung bereit, und wie werden sie in der Bundesrepublik Deutschland abgefordert?
 - f) Wird die Binnenfischerei in der Forschung auch im Hinblick auf die die Binnenfischerei berührende Bundesgesetzgebung (Lebensmittelgesetz, Arzneimittelgesetz, Tierschutzgesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Naturschutzgesetz etc.) ausreichend vertreten?
 - g) Ist die Struktur der Fischereiforschung insbesondere vor dem Hintergrund der immer wiederkehrenden Diskussion über den Abbau von Instituten (Ahrensburg!) noch ausreichend für die Bedürfnisse der Fischerei/Binnenfischerei?
 - h) Welche wirtschaftliche Bedeutung hat die Binnenfischerei einschließlich der Angelfischerei in Deutschland?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung den immer wieder diskutierten Konflikt zwischen Umwelt- und Naturschutz und der Fischerei?
- a) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Meeresumweltschutz bedeutend ist für eine langfristige stabile Bestandssituation der meisten Fischarten?
 - b) Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, für weitere Fischarten, für die noch nicht ein Überwachungs- und Bewirtschaftungssystem besteht, ein zusätzliches System einzuführen?
 - c) Soll für nicht wirtschaftlich genutzte Fischarten ebenfalls ein Überwachungs- und Management-System aufgestellt werden?
 - d) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das jetzige Management-System auch die ökologische Seite der Bestände mit abdeckt?
 - e) Sieht die Bundesregierung in bestimmten Gebieten eine zu starke Zunahme des Kormorans, wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Kormoranbestand in den letzten zehn Jahren von 2 000 auf 30 000 Tiere angestiegen ist?
 - f) Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit und Notwendigkeit, ein Kormoran-Management einzuführen?

- g) Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Fischentnahme durch den Kormoran ein?
- h) Wie stark sieht die Bundesregierung die Betriebe der Küsten- und Binnenfischerei durch den Kormoran geschädigt?
- i) Wie gedenkt die Bundesregierung einen Ausgleich zwischen den Schäden, die der Kormoran für die Fischerei verursacht, und den Betrieben der Küsten- und Binnenfischerei herzustellen?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung den wirtschaftlichen, gesellschafts- und umweltpolitischen Stellenwert der Angelfischerei in Deutschland?
- a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Leistungen der Sportfischer für den Artenschutz und die ökologische Bewirtschaftung der Gewässer?
- b) Wie unterstützt die Bundesregierung die Vereine und Verbände der Angelfischerei bei ihrer Arbeit für die Erhaltung und Unterhaltung der Gewässer, wie z. B. bei den Altarmen der Flüsse?
- c) Wie bewertet die Bundesregierung die bedauerliche Tatsache, daß die Angelfischerei heute, fünf Jahre nach der Wiedervereinigung, immer noch durch zwei Verbände in Deutschland vertreten wird?

Bonn, den 1. Juni 1995

Peter H. Carstensen (Nordstrand)
Renate Blank
Peter Bleser
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Klaus Brähmig
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Ilse Falk
Kurt-Dieter Grill
Hubert Hüppe
Dr. Egon Jüttner
Werner Lensing
Christian Lenzer
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Engelbert Nelle
Dr. Rolf Olderog
Ronald Pofalla
Heinz Schemken
Michael von Schmude
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Egon Susset

Michael Teiser
Alois Graf von Waldburg-Zeil
Gert Willner
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Günter Bredehorn
Ulrich Heinrich
Lisa Peters
Jürgen Türk
Dr. Otto Graf Lambsdorff
Paul K. Friedhoff
Dr. Helmut Haussmann
Birgit Homburger
Dr. Klaus Röhl
Rainer Funke
Detlef Kleinert (Hannover)
Walter Hirche
Carl-Ludwig Thiele
Jürgen Koppelin
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

